

DIE WELT

London ist die Hauptstadt des dreckigen Geldes

Tausende Gebäude in der britischen Hauptstadt sollen nach Einschätzung von Experten mit schmutzigem Geld gekauft worden sein. Auf der Suche nach Hintermännern führt die Spur nach Osten.

Von Nina Trentmann UK-Wirtschaftskorrespondentin



Foto: picture alliance / Arcaid Blick über London: Der Immobilienmarkt der britischen Hauptstadt gilt als überhitzt

Schon vom Ausgang der U-Bahn-Station aus fällt das Gebäude ins Auge. Baker Street No. 219 ist ein besonderer Bau, die massive Immobilie mit der Sandsteinfassade ist mit einem hohen Turm verziert, er überragt die angrenzenden Hausdächer um ein Vielfaches.

Chido Dunn hat sich das Anwesen schon mehrfach angeschaut. Allerdings nicht nur, weil sie es architektonisch für gelungen hält, sondern auch, weil sie der Eigentümer des Gebäudes interessiert. Seine Identität hat sie jedoch bis heute nicht hundertprozentig belegen können: "Man hat leider nie alle Informationen zusammen", seufzt die schmal gebaute junge Frau mit den halblangen blonden Haaren, "diese Geschichten sind schwer zu erzählen".

Dunn sieht auf den ersten Blick nicht aus, als würde sie Geldwäscher und Steuerhinterzieher jagen. Sie ist höflich, zurückhaltend, fast ein wenig schüchtern. Aber genau das tut die 31-Jährige, die zuvor als Anwältin für eine internationale Kanzlei arbeitete. Im Auftrag der Organisation Global Witness spürt sie in London Immobilien auf, die mit Geldern aus ungeklärter Herkunft bezahlt wurden.

Spur führt nach Kasachstan

Im Falle der Hausnummer 219 in der Baker Street führt die Spur nach Kasachstan, zu Rachat Alijew, dem früheren Chef des Geheimdienstes. Noch Anfang des Jahres wartete Alijew wegen des Mordes an zwei Bankern auf seinen Prozess, dann erhängte er sich jedoch in seiner Zelle in Österreich.

"Es gibt mehrere Firmen, die mit dem Kauf der Hausnummer 219 und mit Rachat Alijew verbunden sind", sagt Ermittlerin Dunn. "Die Gelder dieser Offshore-Firmen – rund 147 Millionen Pfund (206 Millionen Euro) – soll der frühere Geheimdienstchef unerlaubterweise aus seinem Heimatland geschafft haben – nach London, eine der führenden Adressen für Geldwäscher aus dem Ausland."

"London erscheint immer attraktiver", sagt Dunn, "leider sind es jedoch die falschen Leute, die sich aus den falschen Gründen von der Hauptstadt angezogen fühlen." Baker Street No. 219 ist nur eines von vielen tausend Anwesen, die nach Einschätzung von Experten mutmaßlich für die Geldwäsche genutzt werden.

36.000 Immobilien in London gehören Offshore-Firmen

Rund 100.000 Immobilien in Großbritannien gehören Firmen, die ihren Sitz in Offshore-Territorien haben, berichtet die BBC, 36.000 davon stehen in London. Der National Crime Agency zufolge treibt die Geldwäsche die Preise für Wohnungen und Häuser immer weiter nach oben. Englische und walisische Immobilien im Wert von mindestens 122 Milliarden Pfund sind nach Angaben von Transparency International im Besitz von Offshore-Firmen, deren wahre Eigentümer sich nicht feststellen lassen.

Dem soll nun ein Ende bereitet werden. Die britische Regierung hat den Geldwäschern den Kampf angesagt, London soll nicht länger die Destination von "dodgy cash", von schmutzigem Bargeld sein, erklärte Premier David Cameron. Das Grundbuchamt soll künftig Angaben darüber veröffentlichen, welche ausländischen Firmen Immobilien und Ländereien in England und Wales besitzen.

Ausländische Unternehmen, die sich um Aufträge der Regierung bewerben, sollen ebenfalls ihre Vermögensverhältnisse offen legen. Geldwäsche-Ermittler wie Chido Dunn sind jedoch skeptisch, ob diese Maßnahmen ausreichen. "Das Beispiel aus der Baker Street zeigt sehr deutlich, dass es alles andere als einfach ist, diese Konstruktionen zu enttarnen", sagt sie.

Anti-Geldwäsche-Gesetze wirken in Großbritannien kaum

Ein Grund für den steten Zustrom schmutziger Gelder ist der Ruf Londons als sicherer Hafen. Dazu kommen Schlupflöcher, die das britische Immobilienrecht bietet. "Das geltende Recht sieht vor, dass nur die Identität des Verkäufers von der Gegenseite geprüft wird", sagt Dunn. Der Käufer einer britischen Immobilie müsse sich dagegen lediglich vom eigenen Anwalt überprüfen lassen – was den Anti-Geldwäsche-Gesetzen einen erheblichen Teil der Schlagkraft nimmt.

Organisationen wie Global Witness glauben deshalb, dass Anwälte und Wirtschaftsprüfer die ihnen gelassenen Schlupflöcher nur zu gerne nutzen. "Die Anforderungen im Bereich der Risikoprüfung sind nicht sonderlich hoch", sagt Dunn. Im Frühjahr war ein ähnlich prominenter Fall bekannt geworden.

So lebt der Sohn des früheren kirgisischen Präsidenten Kurmanbek Bakijew in einem rund 4,8 Millionen Euro teuren Anwesen in Surrey nahe Londons, obwohl er in seinem Heimatland wegen Korruption verurteilt wurde. Die Gelder, mit denen das Haus in Surrey bezahlt wurden, können nach Angaben der NGO einem Geldwäsche-System zugeordnet werden, mit dem gezielt Gelder aus Kirgisistan ins Ausland transferiert wurden.

Transparency International hält Problem für "offensichtlich"

Ähnlich liegt der Fall des Sohnes des ehemaligen libyschen Machthabers Muammar al-Gaddafi, der in London ein Haus kaufen konnte. Auch aus Pakistan, Nigeria und Russland ist viel Geld in den britischen Immobilienmarkt geströmt; jedoch ohne dass die Urheber der Transaktionen festzustellen waren.

"Es ist ganz offensichtlich, dass vieles von dem Geld, das nach London strömt, aus unsauberen Quellen kommt", sagt Robert Barrington, Direktor von Transparency International in Großbritannien. "London zieht einiges an schmutzigem Geld an." Es sei allerdings schwer, das Problem genau zu quantifizieren.

Dass schmutzige Immobiliendeals dem Standort auf Dauer ein Glaubwürdigkeitsproblem beschere, hat auch Premier Cameron erkannt. Immobilien in Großbritannien, vor allem in London, würden von Leuten aus dem Ausland mithilfe von anonymen, "verhüllten" Firmen gekauft, einige mit geklautem oder gewaschenem Geld, bekannte Cameron.

Der Fokus richtet sich nun vor allem auf die britischen Geldwäsche-Helfer, auf Anwälte, Visa-Beschaffer und Immobilienvermittler. In den kommenden Monaten soll das Grundbuchamt die Daten von ausländischen Firmen veröffentlichen, die in England und Wales Grundstücke und Immobilien besitzen, außerdem wirbt Cameron für eine Art Zentralregister auf europäischer Ebene.

Gleichzeitig übt der Konservative Druck aus auf die britischen Übersee-Territorien, die sich bislang den Transparenzforderungen aus Westminster verweigern. Lediglich Jersey ist bislang bereit, die "final ownership", die letztendlichen Eigentümer, von dort gelisteten Firmen bekannt zu machen.

Ob Baker Street Nummer 219 tatsächlich dem früheren kasachischen Geheimdienstchef Alijew gehörte, lässt sich auch Monate nach seinem Tod nicht feststellen. BCL Burton Copeland, die Anwaltskanzlei von Parkview Residence, die das Gebäude verwaltet, erklärte auf Anfrage der "Welt", Alijew sei zu keiner Zeit "beneficial owner", also letztendlicher Eigentümer des Gebäudes gewesen.

Gegenüber Global Witness bestritt die Kanzlei die Eigentümerschaft Alijews ebenfalls, weigerte sich aber auch, den wahren Eigentümer zu nennen. "Allein dass Alijew mit dieser teuren Immobilie in Verbindung gebracht werden kann, ist schon Anlass genug für eine Untersuchung", sagt Chido Dunn. Ihre Organisation habe Dokumente vorliegen, die eine Verbindung von Alijew mit Baker Street 219 nachweisen.

Dass die neuen Geldwäsche-Gesetze der Attraktivität Londons schaden werden, glaubt die Aktivistin nicht: "London ist für viele Reiche aus dem Ausland immer noch ein super Deal."